

Kooperation der Fraktionen von CDU, UWD und FDP

in der Dieburger Stadtverordnetenversammlung

PRESSEMITTEILUNG

Dieburg, 13.09.2023

CDU, UWD und FDP fordern besseren Informationsfluss von der Verwaltung

Kooperation drängt auf Tempo in der Umsetzung

Aus Sicht der Kooperation in der Dieburger Stadtverordnetenversammlung, bestehend aus den Fraktionen von CDU, UWD und FDP, ist die politische Agenda für die verbleibenden Monate des Jahres prall gefüllt. Die Liste der umzusetzenden Projekte ist weiterhin lang. Hinzu kommen zunehmend ungünstige makroökonomische Rahmenbedingungen, denen sich Dieburg natürlich nicht entziehen kann. Vor wenigen Tagen erreichte die Stadtverordneten die Meldung, dass die Gewerbesteuererinnahmen drastisch eingebrochen sind seit Jahresbeginn. Die Herausforderungen der Stadtpolitik sind also besonders groß in der nächsten Zeit. Die Schnittstellen zwischen Parlament, Magistrat und Verwaltung müssen optimal funktionieren, um die Aufgabenstellungen erfolgreich zu meistern. Das war aber gerade in den letzten Monaten leider häufig nicht der Fall, erläutern die drei Fraktionsvorsitzenden der Kooperation, Renée Exner (CDU), Benjamin Koch (FDP) und Klaus Thomas (UWD):

„Unsere Fraktionen sind sich der strammen Themenlage absolut bewusst und wollen gerne mit Leidenschaft liefern. Doch das Parlament ist und bleibt maßgeblich abhängig vom Informationsfluss seitens des Bürgermeisters mit der von ihm geleiteten Verwaltung. Und zuletzt stockte die Zuarbeit an vielen wichtigen Stellen, einige Beispiele seien hervorgehoben:

- So hatten wir am 26. Juni vier Parlamentarische Anfragen eingereicht, von denen drei erst am 7. September beantwortet worden sind, also nach fast zehn Wochen. Das bremst unsere Arbeit enorm. Wie sich jeder vorstellen kann, erfolgen Anfragen stets im Lichte eines besonderen Anlasses. Häufig geht es darum, auf diese Weise Beschlussanträge zielgerichtet vorzubereiten. Am 7. September war deren Einreichungsfrist für die nächste Sitzung des Parlaments bereits verstrichen.
- Um sorgfältige Vorbereitung der Entscheidungsfindung ging es kürzlich auch beim Bebauungsplan Finanzamt. Hier war die Anzahl der nachzuweisenden Stellplätze ein neuralgischer Punkt. Die Fraktionen von CDU, UWD, FDP und SPD sowie der Stadtverordnetenvorsteher adressierten Mitte Juli schriftlich ihren Klärungsbedarf. Mehr als sechs Wochen dauerte es, bis in dieser dringlichen Angelegenheit die jeweiligen Erläuterungen bereitgestellt worden sind.

- Besonders zäh zeigte sich der Ablauf in Sachen der Sportplatzsanierung. Im März 2022 bewilligte das Parlament dem Magistrat €22.000,-, um Planungsleistungen zu beauftragen. Die betreffenden Unterlagen wurden sodann im Juni 2022 von einem Ingenieurbüro erstellt, doch trotz mehrfacher Erkundigung wurden sie den Stadtverordneten nicht zugänglich gemacht. Daraufhin beauftragte das Parlament in seiner Sitzung am 13. Juli 2023 den Magistrat formal, ihr nun endlich innerhalb von maximal 10 Tagen die Planung zur Verfügung zu stellen. Doch diese Frist verstrich fruchtlos und erst mit einem unbegründeten Verzug von drei Wochen kam es dann zu der Bereitstellung. Bis zum 4. September sollte dem Parlament eine Beschlussvorlage über die Durchführung der Sanierung vorgelegt werden. Auch dieser Termin wurde nicht gehalten und eine Lieferung erst für die übernächste Stadtverordnetenversammlung in Aussicht gestellt.

Noch unvergessen ist eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im zurückliegenden Herbst, die mangels vorab verfügbarer Dokumente bereits nach wenigen Minuten abgebrochen und verschoben werden musste. Damals wurden viele informelle Gespräche geführt, wie die Versorgung der Stadtverordneten mit Arbeitsmaterial verbessert werden kann. Leider ist nun, fast 12 Monate später, zu konstatieren, dass ungeachtet etwaiger Willensbekundungen weiterhin keine für uns hinnehmbaren Verhältnisse erreicht sind.

Woran die Probleme im Einzelnen liegen, ist für uns meistens nicht transparent. Es ist aber auch nicht unsere Aufgabe als Stadtverordnete, hier eine eigene Ursachenforschung zu betreiben. Natürlich verstehen wir, dass es Phasen gibt, in denen Mitarbeiter verstärkt Urlaub nehmen. Das ist aber keine Erklärung für die massiven Verzögerungen, die jüngst zu verzeichnen waren. Fest steht: Auch in der Sommerperiode dürfen die gewählten Bürgervertreter erwarten, dass ihre parlamentarische Arbeit unterstützt wird und kein faktischer politischer „Lockdown“ entsteht.

Unsere Fraktionen sind hochmotiviert, die Themen allesamt anzupacken – und das im Rahmen einer konstruktiven Zusammenarbeit mit Bürgermeister und Verwaltung. Wir dürfen hier aber nicht in einer frustrierenden Einbahnstraße landen. Zuletzt hat sich einiger Unmut angestaut. Denn die Bremswirkungen und Fristverletzungen werden mitunter als ein Defizit an Wertschätzung der ehrenamtlichen Tätigkeiten wahrgenommen.